

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 3. März 2020 / Mardi après-midi, 3 mars 2020

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion / Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement

**12 2019.RRGR.202 Motion 166-2019 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)
Rauchfreie öffentliche Kinderspielplätze und Schulareale im Kanton Bern**

**12 2019.RRGR.202 Motion 166-2019 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, PS)
Interdiction de fumer sur les places de jeux publiques et dans les installations scolaires du canton de Berne**

Fortsetzung / Suite

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Ich begrüsse Sie zurück im Rathausaal. Wir sind bei den Fraktionssprechenden für das Traktandum 12 verblieben. *(Unruhe / Agitation dans la salle)* Damit sich die nächste Sprechende nicht die Seele aus dem Leib schreien muss, möchte ich Sie bitten, sich zu setzen und ruhig zu sein. Anita Herren für die BDP. *(Grossrätin Herren-Brauen beginnt mit ihrem Votum und wird gleich vom Präsidenten unterbrochen. / Mme la députée Herren-Brauen commence son allocution, mais est immédiatement interrompue par le président.)* Das gilt auch für diejenigen bei der SVP, die sich noch unterhalten.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Die BDP versteht diese Forderung. Die Gesundheit unserer Kinder hat Vorrang. Es wird auch schon vieles gemacht. Für die BDP sind folgende Punkte in die Meinungsbildung eingeflossen. Bei den Spielplätzen: Die Eltern sind hier in der Pflicht. Sie gehen zum Beispiel mit den Kindern auf den Spielplatz, sitzen daneben und rauchen eine Zigarette. Das ist nicht unbedingt das, was in dieser Motion gefordert ist. Es kann auch nicht das Ziel sein, dass diese Kinder nachher nicht mehr auf den Spielplatz gehen, weil die Eltern dort nicht mehr rauchen. Hier ist sicher auch ein anderer Erziehungsaspekt sehr wichtig. Zu den Schularealen: Die Gemeindeautonomie ist uns wichtig. Diese Gemeinden machen auch schon viel. Die meisten Schulareale sind bereits rauchfrei organisiert. Deshalb wird die Mehrheit der BDP diesen Vorstoss als Motion ablehnen. Wenige würden einem Postulat zustimmen, damit der Regierungsrat die vorgeschlagenen Abklärungen machen kann.

Samuel Leuenberger, Bannwil (SVP). Die Fraktion der SVP teilt die Belange der Motionäre, dass Passivrauch-Schutz insbesondere bei den Schulen und Kinderspielplätzen von Wichtigkeit ist. Ich erlaube mir, auf die ganze Aufzählung über die Differenzierung der Schulareale zu verzichten, die insbesondere Grossrat Arn gemacht hat. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen und auch beachten. In den ländlichen Gemeinden kommt noch dazu, dass solche Areale meistens Mehrzweckareale sind, die auch mehrheitlich von Erwachsenen genutzt werden. Hier einfach über alles hinweg ein Rauchverbot zu verhängen, unterstützt die SVP nicht.

Was von meiner Seite auch noch erwähnt sein muss, ist der Gedanke des Litterings. Also: Den Aspekt der Zigarettenstummel in diese Motion hineinzupacken und als Begründung zu nehmen, ist aus meiner Sicht nicht richtig. Hier haben wir Massnahmen, die wir bereits umsetzen können, damit eben diese Umweltverschmutzung nicht stattfindet. Für die SVP steht auch der Gedanke der Gemeindeautonomie im Vordergrund. Wir sind ganz klar überzeugt, dass die Gemeinden schon sehr viel machen für den Passivrauchschutz. Diese sind auch selbstständig tätig auf Initiative der Gemeindegemeinschaften, der Eltern oder auch der Schulkommissionen, die noch mehr machen könnten. Wir teilen die Meinung des Regierungsrates, dass der Passivrauchschutz in diesen Zonen bereits heute schon zu einem grossen Teil sichergestellt ist. Die SVP kann diese Motion und auch ein Postulat mehrheitlich nicht unterstützen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Ursula Zybach.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Der Regierungsrat hat in seiner Antwort sehr klar geschrieben, worum es geht, nämlich darum, das Passivrauchen möglichst zu senken. Passivrauchen verursacht Krankheiten wie Asthma, Lungenkrebs, Hirnschlag, Herzinfarkte und eben schon nach kurzer Zeit ein Problem bei den Atemwegen. Das ist vor allem bei kleinen Kindern, aber auch bei Jugendlichen ein grosses Problem. Dazu haben wir diese Stummel, die herumliegen können, welche – mir war das während einer langen Zeit nicht bewusst – ein echtes, grosses Problem für kleine Kinder sind.

Die Motion will den Regierungsrat beauftragen, alle nötigen Massnahmen einzuleiten, um öffentliche Kinderspielplätze und Schulareale im Kanton Bern rauchfrei zu machen. Das heisst, die Motion gibt nicht vor, dass es genau so oder so sein muss, sondern sie sagt: «alle nötigen Massnahmen einzuleiten, damit es so sein kann». Und das ist je nachdem mit den Gemeinden zusammen auszuhandeln, um Möglichkeiten zu finden. In der Antwort steht auch, auf welchen Spielplätzen es das zum Beispiel *nicht* gibt. Spiez steht hier an erster Stelle. Das habe ich selbstverständlich ernst genommen. Ich glaube, wir sind bekannt als Gemeinde mit sehr schönen Spielplätzen und machen bald einen ganz tollen mit einem Dampfschiff aus Holz. Wir werden diesen selbstverständlich rauchfrei ausgestalten.

Es ist auch nicht wahnsinnig schwierig, dies zu machen. Man macht nämlich, wie für alle anderen Themen auch, einfach eine Tafel hin. Und kontrollieren muss man das nicht aus amtlicher Sicht, weil es eine soziale Kontrolle geben wird, bei der man einander auch darauf aufmerksam machen wird, dass sich dort eine rauchfreie Zone befindet.

Die Fraktion ist halb-halb. Die Hälfte ist bereit, auch zuzustimmen, wenn es eine Motion bleibt. Die andere Hälfte, respektive alle zusammen, helfen mit, wenn es ein Postulat gibt. In diesem Sinn und Geist bitte ich Sie, es anzunehmen, sei es als Motion oder als Postulat.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich bin jetzt gerade drei Jahre in diesem Amt, und was mir schon relativ schnell aufgefallen ist, ist, dass immer wieder einmal Postulate überwiesen werden, die so schwammig und so offen formuliert sind, dass sie einstimmig angenommen werden, zum Teil als Richtlinienpostulate, aber jedenfalls irgendwie so als unverbindliches Blabla, wenn ich das so sagen darf. Man möchte die Gesundheit fördern, man möchte Jugendschutz, man möchte Umweltschutz und so weiter. Aber jetzt geht es genau bei solchen Vorstössen wie diesem hier, darum, Nägel mit Köpfen zu machen. Und dazu möchte ich Sie im Namen der EDU-Fraktion auch auffordern.

Es ist absolut förderungswürdig, dass wir auch immer mehr das öffentliche Leben so gestalten, dass es auch wirklich ein Vorbild ist für unsere Kinder und Jugendlichen. Das beinhaltet eben ein Vorbild zu sein, und dass das Rauchen genau an so kritischen Punkten wie Kinderspielplätzen eben eingeschränkt wird, beziehungsweise nicht mehr gestattet ist. Es sollte unser Ziel sein, dass möglichst viele Jugendliche gar nicht erst mit dem Rauchen anfangen und möglichst viele Kinder und Jugendliche gerade auch vor dem Passivrauchen besser geschützt werden. Wir haben hier sicher schon den Gesundheitsaspekt gehört, wir haben den Umweltschutzaspekt gehört. Aber soweit ich zugehört habe, wurde ein weiterer Aspekt noch nicht genannt. Das ist der finanzielle Aspekt für die Betroffenen, die nachher vielleicht ein Leben lang süchtig sind. Ich denke, es ist auch ein grosser finanzieller Schaden, und daher sollte es auch von der Armutsprävention ... Unter diesem Aspekt, denke ich, ist es auch wichtig. Es gibt so viele Aspekte, unter denen dieses Thema, dieses Anliegen wichtig ist.

Sarah Gabi Schönenberger hat hier den Vergleich gemacht, was man jetzt mit dem Coronavirus in dieser Situation alles unternimmt, was durchaus auch sicher sinnvoll ist. Aber gerade in diesem Bereich des Passivrauchschutzes oder, allgemein, wenn man Jugendliche irgendwie dazu motivieren kann, weniger zu rauchen, denke ich, könnte man viele Hunderte wenn nicht Tausende von Menschenleben retten mit Massnahmen, die viel weniger drastisch, viel weniger einschneidend sind als jetzt diese Massnahmen, die in der aktuellen Situation getroffen wurden, in der wir uns befinden. Jetzt sind ein wenig Bedenken da, dass zu stark eingeschränkt werden könnte, wenn irgendwelche kulturellen oder sozialen Freizeitanlässe in Schularealen zum Beispiel in Turnhallen stattfinden oder eben je nachdem was für Schulen es sind. Eine Mehrheit der EDU-Fraktion ist durchaus der Meinung, dass man den Vorstoss als Motion überweisen könnte, im Bewusstsein, dass man danach immer noch die Möglichkeit hat, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen und sinnvolle Ausnahmen zu ermöglichen. Aber wir unterstützen ganz sicher einstimmig ein Postulat, und ich bitte Sie, das auch zu tun.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Eigentlich ist es ganz einfach. Zigarettentummel, die auf Spielplätzen herumliegen, sind eine Sauerei. Es ist nicht nur eine Sauerei, es ist auch gefähr-

lich für kleine Kinder. Für uns wäre es auch gefährlich, wenn wir ein paar verzehren würden. Der Rauch ist gefährlich und ist schädlich. Und das schlechte Vorbild wurde schon genannt. Es ist eigentlich klar: Spielplätze – darüber müssten wir eigentlich gar nicht diskutieren –, dort sollte einfach nicht geraucht werden, weil es gefährlich ist und weil es eine Sauerei ist.

Das Gleiche gilt an sich für Schularealen. Viele Gemeinden – das wurde auch schon gesagt – haben diese Diskussion schon geführt oder führen sie immer noch, und haben es zum Teil auch nicht ganz einfach, das durchzusetzen, wenn sie die Schulareale zu rauchfreien Zonen erklären. Es wurde auch gesagt wieso – nämlich wegen der öffentlichen Nutzung, wegen anderer ausserschulischer Nutzung, aber auch da scheint es mir, sollte es eigentlich keine Diskussion sein. Es kann ja nicht sein, dass man den Kindern und den Jugendlichen in der Schule beizubringen versucht, dass es nicht sehr hilfreich ist, wenn sie zu rauchen und zu trinken anfangen, und das Schulareal entsprechend drogenfrei macht, und danach, wenn Fasnacht, Elternabende, eine Tombola oder was auch immer für Anlässe stattfinden, die Erwachsenen dann, wenn sie diese Anlage nutzen, rauchen und trinken dürfen sollen. Deshalb erscheint mir an sich auch der zweite Teil des Vorstosses klar. Ich sehe aber auch den Einwand, der jetzt gemacht wurde. An diesen hatten wir, oder zumindest ich persönlich, beim Schreiben nicht daran gedacht, als wir es erarbeiten. Bei den weiterführenden Schulen, den Mittelschulen, die auch kantonale Schulen sind, muss man effektiv noch schnell etwas überlegen, wie es in der Praxis aussieht und wo man dort allenfalls einen Kompromiss macht. Deswegen ist die EVP-Fraktion ganz klar für ein Postulat, um namentlich diesen Punkt noch etwas genauer anzuschauen. Der grösste Teil würde aber auch eine Motion unterstützen.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Als Erstes Sabina Geissbühler von der SVP.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich bin Mitmotionärin. In der letzten Novembersession haben wir fast alle dem Vorstoss «Gesundheit hat Vorrang» (*M 061-2019*) zugestimmt. Mit dieser Motion hier wäre es ein erster kleiner Vorschlag, ein Mosaiksteinchen, für eine Massnahme für die Gesundheitsförderung, für unsere kleinsten Kinder, für unsere Schulkinder. Spielplätze und Schulareale werden tagsüber ausschliesslich von Kindern besucht und deswegen sollen sie rauchfrei sein. Es gibt auch in unserem Kanton ein paar Gemeinden, und übrigens hat auch die Uni, an einem Institut, an dem Erwachsene sind, eine grosse Tafel – ich habe sie ab fotografiert – «Ab hier eine rauchfreie Zone». Ich habe den Abwart gefragt, ob er Probleme hat. Er sagte: «Null Probleme! Es hat noch nie jemand reklamiert.»

Der Kanton Graubünden ist ein Vorreiter, nicht nur von den Spielplätzen her, sondern insbesondere von den Schularealen her, und macht seit 2008 sehr gute Erfahrungen. Bei Anlässen, bei denen ausschliesslich Besucher, die erwachsen sind, da sind, wird an definierten Orten im Aussenbereich das Verbot aufgehoben. Sie haben es also in ihrer Bestimmung, dass das möglich ist. Und das wäre auch mit der Annahme dieser Motion möglich.

Übrigens haben Sie alle wohl auch Mails erhalten von Institutionen, die diese Motion unterstützen. Es sind alles Institutionen, die sich mit den Folgen des Rauchens auseinandersetzen müssen und vor allem mit den finanziellen Folgen. Mit dieser Motion könnte man auch diese finanziellen Folgen eben mindern. Die Unterstützer sind die Hausärzte, die Kinderärzte, Berner Gesundheit (Beges), das Blaue Kreuz – auch die Spitex sieht eben, was passiert, wenn man raucht – die Krebsliga und die Lungenliga. Deshalb hoffe ich, dass nicht nur die vielen Institutionen, die eben direkt von diesen Fällen betroffen sind, das unterstützen, sondern Sie alle.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Bei allem Respekt vor der Forderung dieser Motion: Wenn es um die Forderung der Spielplätze geht, habe ich sicher eine hundertprozentige Übereinstimmung, dass man diese Kinder schützen muss und dass wir sicher nicht wollen, dass wir dort irgendwelche Rauchzonen haben werden. Aber wenn Sie den Vorstoss genau lesen, müssen Sie das lesen, was sonst eben noch darinsteht. Dort, geschätzte Anwesende, sind die Schulareale der grosse Stolperstein. Wie wollen Sie ... Und ich denke hier vor allem an viele Gemeinden, gerade im Berner Oberland oder auch in den übrigen Gebieten im Kanton Bern. Wenn ich auch an meine Gemeinde denke: Wir haben das Mehrzweckgebäude und das Schulareal, die zusammengebaut sind. Und Sie wissen haargenau – dafür müsstest du auch Verständnis haben, Sabina Geissbühler: Wir haben die Vereine, bei denen Feste stattfinden. Das Schulareal ist dort. Und wie wollen Sie jetzt dort auf einmal eine rauchfreie Zone machen? Wie wollen Sie das diesen Leuten beibringen? – Das gibt nur Ärger und Wut, und das kann man so nicht eins zu eins umsetzen. Das geht definitiv zu weit. Damit machen Sie in kleinen Gemeinden ganz viele Probleme. Sie verärgern ganz viele Vereine. Wo sollen

wir denn diese Leute hinschicken, wenn irgendein Fest stattfindet? – Ich bitte Sie definitiv, die Motion wie auch das Postulat abzulehnen, denn so kann man es einfach nicht umsetzen.

Präsident. Wurdest du persönlich angegriffen, Sabina Geissbühler? (*Grossrätin Geissbühler-Strupler bestätigt dies. / Mme la députée Geissbühler-Strupler le confirme.*) Könnten Sie das nicht fraktionsintern lösen? (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich gebe dir noch kurz Zeit für eine Replik.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ja, mein lieber Kollege, es ärgert mich schon ein wenig, wenn man seinen Speech vorbereitet – das mache ich auch nicht – und dann hier vorne sprechen kommt, wenn ich vorhin gesagt habe, dass das Bündnerland vorbildlich sei, weil sie nämlich bei den Schularealen, wenn erwachsene Besucher kommen, am Abend oder an einem Anlass, einen Passus in der Schule haben, dass es dann eine Ausnahme sei. Hast du das nicht gehört? – Das habe ich vorhin gesagt, und ich habe sogar gesagt, dass es mit dieser Motion möglich wäre, es auch so zu machen wie im Bündnerland.

Präsident. Die Motionärin möchte nach dem Regierungsrat sprechen. Ich gebe das Wort dem Regierungspräsidenten Christoph Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektor. Die Regierung geht einig mit den Motionärinnen und Motionär, dass Kinder und Jugendliche ein besonderes Schutzbedürfnis haben, wenn es um das Passivrauchen geht, und man entsprechend genau hinschauen und entsprechende Regelungen einrichten muss. Jetzt ist es aber für die Regierung nicht einfach schwarz und weiss. Sie konnten das der Vorstossantwort entnehmen. Ein absolutes Verbot möchte die Regierung nicht. Hingegen ist sie bereit zu prüfen, ob man zusammen mit den Gemeinden Verbesserungen erreicht.

Zu den Forderungen der Motion im Bereich der öffentlichen Spielplätze: Dort gibt es schon heute die Möglichkeit, dass Gemeinden aus Gesundheitsgründen Verbote einrichten und Benutzungen beschränken können. Da gibt es auch Beispiele aus dem Kanton Bern von Gemeinden und Städten, die das machen. Man kann auch über die Kantonsgrenzen hinausschauen und sieht, dass es funktioniert. Der Schutz der Gesundheit ist, wie ich sagte, eine Verbundaufgabe gemäss Verfassung des Kantons Bern (KV). Es ist zum Teil eine Aufgabe des Kantons, aber auch eine Aufgabe der Gemeinden. Und wenn die Regierung bereit ist, dieses Anliegen jetzt zu prüfen, dann ist für mich klar, dass man das zusammen mit den Gemeinden machen, miteinander aushandeln müsste, welche Massnahmen zielführend sein könnten und auch mit den Gemeinden aushandeln müsste, ob man kommunale Regelungen möchte, oder ob es eine kantonale Übersteuerung braucht.

In diesem Punkt haben wir keine Differenz mit den Motionärinnen und dem Motionär. Die Regierung ist bereit, dieses Anliegen anzuschauen, darum der Antrag auf Postulat.

Bei den Schularealen sieht es halt schon etwas anders aus; auch das haben wir in der Vorstossantwort beschrieben. Das haben einzelne Votantinnen und Votanten noch erklärt hier in der Debatte. Wir haben eine andere Ausgangslage, bei der wir auf der einen Seite in diesem Bereich unterscheiden müssen zwischen der Volksschule, auf der anderen Seite zwischen der Sekundarstufe II, also den Mittelschulen, und dem Berufsschulbereich. Bei den Volksschulen hatte man im Rahmen der Revision des Volksschulgesetzes (VSG) im Jahr 2008 das Rauchverbot auf Schulanlagen inklusive Aussenanlagen diskutiert, verwarf es dann aber, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Aussenanlagen – das wurde hier in der Debatte erklärt – ausserhalb der Schulzeiten eben auch anders genutzt werden. Das Beispiel der Mehrzweckhalle wurde von Grossrat Knutti erwähnt. Solche multifunktionalen Anlagen gibt es auf verschiedenen Schulgeländen und eine Abgrenzung wäre schwierig. Ein kantonales Verbot in diesem Bereich wäre nicht zielführend, wenn man solche unterschiedlichen Nutzungen sieht. Zudem steht es auch in diesem Bereich den Gemeinden offen und frei, selbst Regelungen einzurichten. Bei den Berufsschulen und bei den Mittelschulen ist es schon heute so, dass das Rauchen auch für – oder gerade für – volljährige Schülerinnen und Schüler, wenn es überhaupt noch erlaubt ist auf dem Schulareal, dann in den gekennzeichneten Zonen erlaubt ist. Dort setzen die Schulen schon heute Regeln, wie diese Rauchzonen eingerichtet werden, wie sie sauber gehalten werden und dann wie man es zustande bringt – ich spreche aus der Erfahrung eines ehemaligen Schulleiters –, dass man das Problem nicht aus dem Schulbereichs hinaus verlagert, sodass nachher in den Wohnquartieren geraucht wird. Eine solche Verdrängung ist nicht im Sinne der Regierung. Ich glaube, das ist auch nicht im Sinne des Parlaments.

Den heutigen Schutz vor dem Passivrauchen, so wie er für Schulareale gilt, erachtet die Regierung als zweckmässig. Er reicht aus. Im anderen Bereich der Kinderspielplätze sind wir bereit, so wie ich es beschrieben habe, zusammen mit den Gemeinden noch eine bessere Regelung auszuarbeiten. In diesem Sinne beantragt die Regierung Annahme des Vorstosses als Postulat.

Präsident. Die Motionärin Sarah Gabi Schönenberger hat das Wort.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP). Die Motionärin ist bereit, diesen Vorstoss in ein Postulat zu wandeln, und ich biete gemeinsam mit meinen Mitmotionärinnen und Mitmotionären Hand, damit so zumindest auf öffentlichen Spielplätzen im Kanton Bern zukünftig eine rauchfreie Zone herrscht. Denn auch wissenschaftliche Untersuchungen zeigen klar: Wo rauchfreie Zonen umgesetzt werden, gibt es eindeutig weniger Rauchende.

Noch zur praktischen Umsetzung: Ein Projekt des Kantons St. Gallen hat es vorgemacht. Eine bunt gestaltete Hinweistafel weist die Besuchenden auf die rauchfreie Zone hin. Darauf zu sehen sind spielende Kinder, ein Rauchverbotszeichen sowie die Überschrift «Danke, dass Sie hier nicht rauchen». Sehr pragmatisch. Ganz wichtig zu sehen: Die bereits bestehenden kantonalen und kommunalen Rauchverbote, die es im öffentlichen Raum gibt, geniessen alle eine sehr hohe Akzeptanz, sie funktionieren und vor allem – sie wirken.

Es wäre keine grosse Sache, die neuen rauchfreien Zonen ins bestehende kantonale Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen – nicht das SchKG, das andere – zu integrieren, wie die Regierungsantwort auf meine vorausgegangene Anfrage vor genau einem Jahr bereits aufzeigte. Aber klar, man kann auch andere Möglichkeiten prüfen, wie man das mit den Gemeinden zusammen angehen will, so wie das der Regierungsrat heute dargestellt hat.

Wie gesagt: Auch an vielen Orten im Kanton Bern sind die Pausenplätze bereits zum Teil rauchfrei, aber eben ohne gesetzliche Grundlage. Ich finde, diesbezüglich kantonal eine geklärte Sachlage zu haben, wäre wichtig, um gerade die Gemeinden bei der Umsetzung von solchen rauchfreien Zonen zu unterstützen. So hätte man auch auf rechtlicher Ebene einfach eine saubere Ausgangslage.

Meine Mitmotionärinnen, Mitmotionäre und ich würden uns hier ein deutliches Ja vom Grossen Rat zu diesem Vorstoss wünschen: Ein klares gesundheitspolitisches Zeichen setzen im Interesse von unseren Kindern und Jugendlichen, aber auch all diesen, die dranbleiben, und ein sehr wirksames Mittel zur Prävention, das viele später anfallende Krankheitskosten vermeiden helfen könnte. Und diesen finanziellen Aspekt habe ich schon einmal angesprochen: Es geht nicht nur um Zigaretten, sondern vor allem das ganze Gesundheitswesen könnte massiv Kosten sparen. Denn Sie haben gesehen, wie diese Zahlen aussehen. Das kostet und belastet unser Gesundheitswesen massiv. Ich danke Ihnen ganz herzlich, wenn Sie bereit sind, den umgewandelten Vorstoss als Postulat anzunehmen.

Präsident. Diese Motion ist gewandelt in ein Postulat. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.202; als Postulat)

Vote (2019.RRGR.202 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 85

Nein / Non 51

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben diesen Vorstoss als Postulat angenommen, mit 85 Ja- gegen 51 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.